

Antrag

der Abgeordneten **Margit Wild, Martin Güll, Dr. Simone Strohmayer, Kathi Petersen SPD**

Bericht zur Beschulung von Flüchtlingskindern in Bayern

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Ausschuss für Bildung und Kultus über die Beschulung von Flüchtlingskindern und jungen Asylbewerbern in Bayern zu berichten. Der Bericht soll auf folgende Fragen, Aspekte und Probleme eingehen:

1. Liegt ein Konzept vor, wie die unterschiedlichen Voraussetzungen, die die aus ihrer Heimat geflüchteten Kinder mitbringen, aufgenommen werden und wie die individuelle Förderung der Kinder gewährleistet ist?
2. Welche personellen Ressourcen werden für die Beschulung der Flüchtlingskinder zusätzlich bereitgestellt?
3. Welche Lehrmittel stehen zur Verfügung und wie kann das aktuelle geringe Angebot zügig und qualitativ hochwertig gesteigert werden?
4. Wie werden die Lehrkräfte, die die zum Teil traumatisierten Kinder unterrichten, unterstützt? Ist gelangt die Zahl der Schulpsychologen zu erhöhen?
5. Welches Konzept verfolgt die Staatsregierung in Bezug auf die Klassengrößen der Übergangsklassen?
6. Wie kann gewährleistet werden, dass sich der Transportaufwand für Schülerinnen und Schüler in Übergangsklassen in Flächenlandkreisen in Grenzen hält und eine wohnortnahe Beschulung sicher gestellt werden kann?
7. Wie kann das Fach Deutsch als Zweitsprache in den Fortbildungsangeboten für die Lehrkräfte verankert werden?

Begründung:

Mit der Einrichtung einer Stabsstelle für die schulische Begleitung junger Asylbewerber und Flüchtlinge reagiert die Staatsregierung viel zu spät auf ein Problem, das sich seit Jahren immer mehr verschärft. Waren es im Schuljahr 2007/2008 noch 1200 Schülerinnen und Schüler, die eine Übergangsklasse besucht haben, so waren es 2013/2014 schon 3634. Die Staatsregierung hat nun die Klassenanzahl von 244 auf 300 angehoben. Das löst nicht das Problem, dass die

Klassen viel zu groß sind. Es gibt viel zu wenig Lernmittel, viel zu wenige Lehrkräfte mit der Zusatzqualifikation Deutsch als Fremdsprache, viel zu wenig Unterstützung der Lehrkräfte, die die zum Teil schwer traumatisierten Kinder unterrichten sollen und die Schulwege sind gerade in den Flächenlandkreisen nahezu unzumutbar. Die Schulämter senden schon seit Jahren stetig SOS-Signale, sie wissen teilweise nicht wo und wie sie die Schülerinnen und Schüler unterbringen sollen, die Fluktuation ist hoch und die Lehrkräfte sind nur unzureichend für die Übergangsklassen und deren speziellen pädagogischen Bedürfnissen geschult und vorbereitet.